

**Volker Zimmermann:**  
**Die Sudetendeutschen im NS-Staat.**  
**Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945), Klartext-Verlag**  
**Essen 1999, 516 S. (48,00 DM)**

»Angesichts der Fülle populärer und wissenschaftlicher Literatur, die über die Struktur des Nationalsozialismus, seine gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen bisher veröffentlicht wurde, erscheint vor allem das Fehlen einer Gesamtdarstellung der Geschichte des Reichsgaus Sudetenland erstaunlich«, schreibt der Autor einleitend. Man kann ergänzen: Auch angesichts der relativ vielen, speziell dem Sudetenland in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft gewidmeten Veröffentlichungen.

Vielleicht liegt die Ursache darin, daß die Geschichtsschreibung bisher kaum Interesse für das Geschehen in einzelnen NSDAP-Gauen aufgebracht hat. Das jedenfalls vermutet Volker Zimmermann. Nach der Lektüre seines Buches bin ich jedoch anderer Meinung: Eine Gesamtdarstellung verlangt, das Geschehen im Sudetenland auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und juristischem Gebiet zu analysieren und zu synthetisieren. Heutzutage müssen auch die Geschichte der Widerspiegelung dieser Entwicklungen im Denken »des Volkes« und dessen Rückwirkungen auf das Geschehen berücksichtigt werden. Kurz und gut: Verlangt wird ein interdisziplinäres Herangehen. Das liegt nicht jedem, das kann auch nicht jeder.

Zimmermann vollbringt diese für einen Nachwuchswissenschaftler bravouröse Leistung. Insofern ist der Untertitel, der auf Politik und deren Verarbeitung durch »das Volk« abhebt, sogar ein Understatement. Der Autor arbeitet die besondere Rolle der wirtschaftlichen Faktoren ebenso heraus, wie die Besonderheiten der Preis- und Lohnentwicklung im Sudetenland seit 1938 – eine der Hauptquellen für die soziale Unzufriedenheit, bis der Kriegsverlauf und die Bedrohung als Volksgruppe zum Hauptgegenstand der Besorgnis der Sudetendeutschen wurden. Der Autor behandelt in sechs Kapiteln die Vorgeschichte der Einglie-

derung des Sudetenlandes ins Reich seit 1918; die Parallelität von Euphorie und Terror nach dem Anschluß, die Gleichschaltung des Sudetengebietes und dessen Umwandlung in einen NS-»Mustergau«; die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Anschlusses, die politischen Konflikte zwischen verschiedenen Gruppierungen der nationalsozialistischen Führer im Sudetenland, die mit einem Sieg der (zuvor heftig attackierten) Gruppe um Henlein endete; die Behandlung der tschechischen Minderheit; Resistenz, Opposition und Widerstand sowie den Krieg und seine Auswirkungen auf die Region.

Zimmermanns umfassende Darstellung, seine außerordentliche Detailkenntnis, vor allem aber sein (erfolgreiches) Bemühen um ein ausgewogenes Urteil werden diesen Band für alle, die sich professionell oder aufgrund ihrer persönlichen Biographie für das Sudetenland unter der Naziherrschaft interessieren, zu einem Erlebnis werden lassen. Davon bin ich überzeugt.

In seinem abschließenden Fazit trifft Zimmermann auch einige auf einen Vergleich zielende Aussagen zur Entwicklung im Sudetenland, wobei er sich auf zwei vorangegangene nationalsozialistische Anschlußfälle, auf das Saarland (1935) und Österreich (im Frühjahr 1938) bezieht. Der Autor schreibt dazu, bezogen auf Österreich: »Die Parallelen zwischen den Reaktionen im Gau Sudetenland und in den Gebieten der ›Ostmark‹ sind so eklatant, daß nur eine Erklärung möglich ist: Das NS-Regime mit seinen übersteigerten Versprechungen und der darauffolgenden Mißachtung der Bedürfnisse der Menschen den Grundstein für die spätere Unzufriedenheit selbst gelegt, während die neuen Bevölkerungsteile ungeduldig auf die vermeintlichen Segnungen des Nationalsozialismus warteten und möglichen Härten, die mit der Umstellung auf die Verhältnisse im Reich zwangsläufig entstehen mußten, nur unwillig in Kauf nehmen wollten.« (S. 440). Zimmermanns implizite Schlußfolgerung, daß es sich in Österreich wie im Sudetenland um Merkmale einer typisch nationalsozialistischen »Anschlußpolitik« handelt, halte ich für zu kurz gegriffen. Übersteigerte Versprechungen, das Warten auf die Segnungen der neuen Ordnung, Mißachtung der Bedürfnisse der Men-

schen des Anschlußgebietes, eine spätere Unzufriedenheit der Angeschlossenen u.a. sind Stichworte, die ebenso auf den »Anschlußfall« DDR zutreffen und auf manch anderen Anschluß in der Weltgeschichte auch, wie der Leser das unschwer aus Beiträgen in den Nummern 94 und 95 dieser Zeitschrift entnehmen kann.

JÖRG ROESLER

George Soros:  
Die Krise des globalen Kapitalismus.  
Offene Gesellschaft in Gefahr,  
Alexander Fest Berlin 1998, 300 S.  
(39,80 DM)

In einer Sitzung eines Bundestagsausschusses aus Anlaß des 50. Jahrestages der UN-Menschenrechtserklärung sprach Joschka Fischer über die universelle Gültigkeit dieser Rechte und mahnte: »Dabei muß verstanden werden, daß all dies mit einem unabhängigen Bankensystem und einer freien Marktwirtschaft zusammengehört und beides getrennt voneinander nicht zu haben ist.« Im Verlaufe des Kalten Krieges hat sich die Vorstellung recht allgemein durchgesetzt, daß freie Marktwirtschaft und freie Demokratie ebenso zusammengehören wie Planwirtschaft und Diktatur. Neu ist nur, es aus diesem Mund zu hören, noch dazu mit dem extremen Bekenntnis zu unabhängigen Banken.

An dieser Hürde scheiterte die politische Laufbahn von Oskar Lafontaine. Es ist schwer einzusehen, wem die Unabhängigkeit von Banken von Nutzen sein könnte, außer für die Bankiers. Schließlich heißt Demokratie Volkssouveränität, und die sollte gestärkt werden, wenn man die Banken ihrer Kontrolle entzieht und die Regierungen des Instruments der Geldpolitik beraubt – noch dazu im Namen der Menschenrechte?

Dagegen ist zu lesen: »Der heutige Marktfundamentalismus ist eine wesentlich größere Bedrohung der offenen Gesellschaft als jede totalitäre Ideologie.« (S. 21/22)

Das stammt von niemand anderem als dem weltbekannten Finanzguru George Soros, der sich selbst als »Spekulant, Philanthrop und

Philosoph« bezeichnete und eigentlich Bescheid wissen sollte. In wenigen Monaten 1998 fertiggestellt und publiziert, kam das Buch auch schnell übersetzt auf den deutschen Büchermarkt. Wenn ein Multimilliardär so sehr gegen political correctness aussagt, läßt das aufhorchen, und siehe da, das Buch steckt voller überraschender Gedanken. Unabhängig von seiner Gliederung lassen sich drei Teile mit unterschiedlichem Gewicht ausmachen:

Im ersten umreißt Soros seine grundlegenden theoretischen Prämissen. Ausgehend von Karl Poppers Konzept von einer offenen Gesellschaft und im Widerspruch zu den deterministischen Vorstellungen vom gesellschaftlichen Fortschritt unseres seinerzeitigen »Hist-Mat«, sind für Soros die Ausgangsbegriffe Fehlbarkeit und Reflexivität. Fehlbarkeit setzt an die Stelle einer künftig vollkommenen Gesellschaft eine unvollkommene, »die gleichwohl laufend der Verbesserung fähig ist«. (S. 7) Soweit auch Popper, was Soros ergänzt, ist der Unterschied bei der Erkenntnis sozialer Prozesse zu der von Naturgesetzen: Unsere Einsichten und abgeleiteten Handlungen verändern reflexiv die Vorgänge selbst. So absolut scheint allerdings der Unterschied nicht zu sein, wenn man an die Heisenbergsche Unschärferelation denkt. Dies ändert allerdings nichts daran, daß wir es in der Gesellschaft mit Prozessen zu tun haben, an denen wir unmittelbar teilhaben, in die wir selbst eingebunden sind. Hier nähert sich die Vorstellung denen der chaostheoretischen Evolutionsmodelle.

Wie sehr das zutrifft, kann der Finanzier mit eigenen Erfahrungen im zweiten Teil anschaulich belegen. Die Vorstellung des freien Marktes unserer Marktfundamentalisten geht von einem nicht existenten Denkmodell aus, bei dem der anonyme Markt automatisch optimale Allokationen von Ressourcen gewährleistet. (Adam Smiths »unsichtbare Hand«). Im Gegensatz dazu kann jemand wie Soros, der über einen nennenswerten Marktanteil verfügt, diesen recht erheblich beeinflussen, wie der Autor das tat, als er gegen das britische Pfund spekulierend diese Währung aus dem europäischen Währungsverbund hinauszwang. Das abstrakte Beispiel der Finanzmärkte läßt am anschaulichsten erkennen, was Norbert Wiener<sup>1</sup> schon 1948 spieltheoretisch nach-

wies: Märkte konvergieren nicht zum Gleichgewicht!

Im letzten und für mich am wenigsten stringenten Kapitel entwirft Soros einen »Fahrplan für eine offene Gesellschaft«. In gewisser Hinsicht widerspricht der Anspruch eines Fahrplanes, der doch pünktlich eingehalten werden sollte, den vorangegangenen Thesen. Indessen bleibt es eine gewichtige Aussage, wenn Soros dem »amoralischen« Diktat der profitmaximierenden Zweckmäßigkeit des Marktes die korrigierende Notwendigkeit kollektiver Entscheidungsfindung nach den Kategorien Richtig und Falsch gegenüberstellt, also eines Primates der Politik als unerläßliches Instrument sozialer Bindung. »Es gibt eine Differenz zwischen inneren und Marktwerten« (S. 262) Mit seiner Aufforderung, »die Regulierung von Kapitalflüssen als notwendig anzuerkennen« (S. 242) sind wir wieder bei Lafontaine angekommen. Nur zurücktreten können wir nicht alle miteinander.

ANDREAS SCHÜLER

1 Norbert Wiener: Kybernetik. Regelung und Nachrichtenübertragung im Lebewesen und in der Maschine, Düsseldorf u.a. 1992, S. 227ff.

**Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Dienste der Partei.**  
Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Reihe: Forschungen zur DDR-Gesellschaft, Ch. Links Verlag Berlin 1998, XVI, 719 S. (48,00 DM)

Militärhistoriker aus Ost und West haben sich der Mühe unterzogen, gemeinsam ein solides, weitgehend unaufgeregtes Handbuch der bewaffneten Organe der DDR zu verfassen. Sie verfolgen dabei einen doppelten Ansatz: »Grundlagenforschung und das Anliegen historisch-politischer Bildung ... Damit ist die Absicht verbunden, einen militärhistorischen Beitrag nicht nur zur Aufhellung eines bis heute weithin unscharfen und diffusen Bildes über einen zentralen Bereich des Herrschaftsystems, sondern darüber hinaus auch zum besseren Verständnis der Strukturen des

DDR-Staates insgesamt zu leisten.« (S. VII/VIII)

Unter dem Schirm des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes haben sie ein voluminöses Werk vorgelegt. Wohl alle relevanten Elemente der »sozialistischen Landesverteidigung« werden in insgesamt 14 Übersichtsdarstellungen mit ihrer historischen Entwicklung, ihren Grundstrukturen und wesentlichen Kommandeurspersönlichkeiten beschrieben.

Ergänzt wird dies durch einen Beitrag zu den sowjetischen (bzw. russischen) Truppen in Deutschland (1945-1994) (Kurt Arlt) sowie einer Zeittafel. Hervorzuheben sind die Einzelbeiträge zur Geschichte der NVA (R. Wenzke), zu den Kampfgruppen der Arbeiterklasse (Armin Wagner), zur Kasernierten Volkspolizei (T. Diedrich), den Grenztruppen der DDR (Peter Joachim Lapp) und der Hauptverwaltung für Ausbildung (H. Ehlert). Selbst die kaum bekannte, ebenso kurze wie bezeichnende Episode des Dienstes für Deutschland von 1952/53 findet ihre kritische Würdigung (T. Diedrich).

Die Fülle des dargelegten Materials schließt in einer Rezension die Auseinandersetzung mit vielen Einzelaspekten aus. Über manches kann gestritten werden. So verwundert, daß bei der Analyse der Kampfkraft der Kampfgruppen Übungen taktischer Einheiten zu einer Generalaussage verdichtet werden (S. 84). Nicht alle Beiträge halten das hohe Niveau einer exakten militärischen Bezeichnung und Zuordnung durch. Da gibt es 14,5-mm-Flak, die nur ein überschweres MG ist, da wird die 23-mm-Zwillingsflak ein wichtiges Mittel zur Panzerbekämpfung, wo bestenfalls leichtgepanzerte Fahrzeuge damit bekämpft werden können, da gibt es Dislozierungskarten mal mit den taktischen Zeichen der Warschauer Vertragsarmeen gestaltet, während andere die der NATO verwenden. Hier hätte sicher ein noch besseres militärisches Lektorat helfen können. Bei manchen Aufstellungen zu Truppenstärken ist nicht immer klar, warum gerade der gewählte Zeitpunkt verwendet wurde, ebenso wie gelegentlich Zahlenbezüge verloren gehen.

In ihrem Überblicksbeitrag zu den »Bewaffneten Organen der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung« unternehmen die Herausgeber eine Gesamtschau, deren Leitideen sich in den Detailbeiträgen wiederfinden. Die spektakuläre, aber der derzeitigen Sichtweise entsprechende These:

»Die DDR, die sich nach der Interpretation ihrer politischen Führung zeit ihrer Existenz als friedliebendes Land und – bezogen auf die spezifisch deutsch-deutsche Situation im internationalen Kräftefeld – als der ›deutsche Friedensstaat‹ verstanden hat, war im klaren Kontrast zu dieser Selbsteinschätzung nicht nur durch eine nahezu alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche umfassende Militarisierung gekennzeichnet. Die hypertrophierte Aufblähung des Gewaltapparates, der mit einer ganzen Fülle von ›bewaffneten Organen‹ den Schutz des ›ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden‹ nach außen und die Sicherung des politisch-gesellschaftlichen Systems und der Macht der führenden Partei nach innen zu gewährleisten hatte, wurde immer deutlicher zu einem Charakteristikum der DDR.« (S. IX)

Im weiteren wird dies allerdings mit dem verwendeten Militarisierungsbegriff nach Seubert als »die prozeßhaften Veränderungen bzw. empirisch meßbaren Tendenzen des gesellschaftlichen Stellenwerts des Militärischen verstanden« (S. 62, Fußnote), in einem ausgewogenen Verhältnis betrachtet. Denn augenscheinlich gibt es doch einen Unterschied zwischen dem Militarismus preußisch-deutscher aggressiver Staaten und Armeen und dem, was die DDR praktizierte. Offenkundig wird allerdings bei dieser These und Charakterisierung der DDR zumindest dreierlei nicht ausreichend berücksichtigt:

*Erstens* die tatsächlichen Nachwirkungen eben jenes preußischen Militarismus in Denken und Mentalität der deutschen Kommunisten. Auch wenn im Handbuch sehr klar der nur begrenzte Stellenwert der Übernahme von Wehrmachtsgeneralen und -offizieren für die KVP und frühe NVA gezeigt wird, so ist die Wirkung der militärischen Sozialisation und der – oft auch nur mittelbaren – Wehrmachts-erfahrung zweifellos vorhanden gewesen und hat weiter gewirkt.

*Zweitens* spielt ein militärischer Grundansatz in der ganzen kommunistischen Bewegung ausgehend von Lenins Parteikonzeption unter den konkreten Bedingungen der Illegalität, der Revolutions- und Bürgerkriegserfahrungen und der schließlichen Installierung des Stalinschen Systems eine außerordentlich wichtige Rolle. Insofern kann natürlich die

prägende Rolle des Militärischen auf »die Sozialisation und Integration der männlichen Bürger« benannt werden (S. 55), sie ist aber eben nur zu einem Teil den bewaffneten Organen zuzuschreiben.

*Drittens* schließlich bleibt im gesamten Handbuch der reaktive Aspekt der hypertrophierten Sicherheitsambitionen merkwürdig unterbelichtet. Es ist eben nicht wegzudenken, daß die radikale Linke, ausgehend von ihren Klassenkampf Erfahrungen, zweierlei glaubte fest zu wissen: Sie konnte einerseits nach ihrer Auffassung die zur Verwirklichung ihrer sozialen Ziele erforderliche Macht nur im Resultat einer letztlich gewaltsamen Auseinandersetzung gewinnen. Andererseits hatte sie die teilweise bitter erlittene Erfahrung, daß das Behaupten dieser Macht ebenso wie ihre Niederlage für sie ganz persönlich wie für die soziale Bewegung verhängnisvolle, im Wortsinne tödliche Folgen hatte. Die Revolution von 1918/19, die März Kämpfe, der Blutmai 1929, die faschistische Machtergreifung, Spanischer Bürgerkrieg und der deutsche Überfall auf die Sowjetunion waren für die Funktionäre erlebte Erfahrungen. Sie waren zumindest von der Aufbaugeneration verinnerlicht. Korea- und Vietnamkrieg, die Invasion in der Schweinebucht und die Kämpfe nationaler Befreiungsbewegungen waren ebenfalls offensichtlich nicht nur Propaganda, sondern belegten die Notwendigkeit des bewaffneten Schutzes.

Die Herausgeber wissen das natürlich und verweisen auf die neue Grundkonstellation nach 1945. »Der Kalte Krieg, ein Prozeß der wechselseitigen Eskalation in einem nach dem Zweiten Weltkrieg bipolar angelegten internationalen System, bestimmte in der Folgezeit die sicherheitspolitischen Grundparameter in Ost und West.« (S. 3) Dies hätte aber sicher in einem Buch zu den bewaffneten Organen in seiner ganzen Wechselwirkung wohl nachdrücklicher untersucht werden müssen. Denn augenscheinlich entsprangen ja wichtige sicherheitspolitische Entscheidungen eben aus den daraus sich ableitenden Bedrohungsängsten. Daß gleichzeitig selbst Drohpotentiale aufgebaut wurden, die von der anderen Seite als solche empfunden wurden, gehört zur Logik eines solchen Systems, das eher auf Aug um Aug, Zahn um Zahn – oder moderner Panzer um Panzer, Rakete um Rakete setzte.

Sicherheit wurde hier als zu gewinnende bzw. zu wählende Überlegenheit interpretiert und zu praktizieren versucht.

Berechtigt wurde die strikte Einbindung der DDR in das sowjetische Machtkalkül herausgearbeitet. In diesem Bereich war zweifellos weniger als in allen anderen – und diese zugleich limitierend – ein eigener Gestaltungsspielraum vorhanden. Das sowjetische Sicherheitssystem und die dem entsprechende Politik wurden fast unverändert übernommen und bis zum Ende der DDR in weiten Bereichen unter sowjetischem Kommando auch umgesetzt. Die DDR war sowieso für die Sowjetunion »Auf-, Durchmarsch- und Operationsgebiet«, was die DDR mit Truppen, Logistik und Infrastruktur absichern mußte und was in den späten DDR-Jahren auch zur Angst um das eigene Schicksal in einem bewaffneten Konflikt führte. Trotzdem »emanzipierte« sich die DDR mit ihrer NVA zum »Vorzeige- und Juniorpartner der sowjetischen Streitkräfte« (S. 30).

Deshalb war die DDR der sowjetischen Militärdoktrin verpflichtet, die von der Vernichtung des Gegners auf dem eigenen Territorium ausging, falls er angreifen würde. Daß einer solchen Doktrin eine offensive Strategie und Taktik entsprechen mußte, ist folgerichtig, sagt allerdings wenig über die Praxis aus. Die Operationspläne der östlichen Seite liegen offen, über die des Westens breitet sich immer noch ein nur gelegentlich gelüfteter Schleier des Geheimen. Die jüngsten Debatten um die Fortexistenz des Anspruchs auf Kernwaffeneinsatz zeigen, wie sensibel solche Fragen sind und wie sehr sie in der Bewertung vom jeweiligen Betrachter (und potentiellen Opfer) abhängen.

Wiederholt wird im Handbuch auf die innere Funktion der NVA hingewiesen. Allerdings wird deutlich, daß diese spätestens nach Mauerbau und Einführung der Wehrpflicht im Sicherheitsdenken eine untergeordnete Rolle spielt. VP, Bereitschaftspolizei, MfS und Kampfgruppen sollten diese Aufgaben erfüllen. Generell zeigten nicht erst die Unsicherheit und die schließliche Gewaltlosigkeit im Herbst '89, daß sich realsozialistische Staaten mit dieser inneren Bedrohung schwertaten. Ein fehlendes Krisenmanagements die Unfähigkeit zu begreifen, daß das eigene Volk

die »Volksherrschaft« bedrohen könnte, die Suche nach imperialistischen, äußeren Konterrevolutionären, insgesamt eine fehlende Krisen- und Konflikttheorie des Realsozialismus, lassen all diese Überlegungen ins Leere laufen. Der Einsatz eigener bewaffneter Kräfte in inneren Krisen des Realsozialismus blieb die – oft bittere und blutige – Ausnahme. Hier der NVA oder der DDR-Führung besondere Schuld zuweisen zu wollen, ginge an den Tatsachen – glücklicherweise – vorbei. Die Potentiale waren gewaltig, aber in dem Moment, da das eigene Volk agierte, konnten Volksarmee oder Volkspolizei wenig tun.

Und eines wird auch deutlich. Bei aller Herausstellung des hohen Grades militärischer Bereitschaft, der umfassenden militärischen Vorbereitung und der tendenziellen Militarisierungstendenzen: Der DDR fehlte der Kriegs- und Kampfeswille. Nicht zuletzt deshalb war sie in den achtziger Jahren an der Fortsetzung und Wiedergewinnung der Entspannungspolitik so aktiv interessiert. Hat das möglicherweise wohl auch etwas mit ihrem sozialistischen Anspruch zu tun?

STEFAN BOLLINGER

Wolfgang Kraushaar (Hg.):  
Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995. Band 1: Chronik/Band 2: Dokumente/Band 3: Aufsätze und Kommentare. Register. Ein Projekt des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins Hamburg 1998, 607/859/348 S. (120,00 DM)

Der Herausgeber, das Hamburger Institut und die beteiligten Verlage haben der 68er Bewegung zu ihrem 30. Geburtstag ein formidables Geschenk auf den Gabentisch gelegt. In einer Kassette mit drei gediegen gestalteten Bänden zieht der Herausgeber Bilanz einer Bewegung, ihrer Denkweise und ihrer einst spektakulären Aktionen, erinnert an die geistigen Vorläufer Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Herbert Marcuse und feiert mit vielen

Dokumenten, einer wohlsortierten Chronologie (mit der ganzen Vor- und Nachgeschichte nicht kleinlich ausgefallen) und natürlich mit wohl gewogenen wissenschaftlichen Kommentaren »das« Ereignis, »das« Vorkommnis der alten Bundesrepublik – die Revolte ihrer intellektuellen Jugend gegen den »Muff von 1000 Jahren unter den Talaren«, gegen Vietnamkrieg und Notstandsgesetze. Warum nur ist der Rezensent irritiert?

Einst schlecht geheftete Raubkopien – heute eine gediegene buchkünstlerische Edition zum stolzen Preis, den die damals jungen Aufmüpfigen heute als Studienräte, Professoren oder Anwälte wohl leicht verschmerzen können. Und – im 30. Jahr nach der denkwürdigen Revolte tritt genau diese Generation nach »langem Marsch durch die Institutionen« an, mit einer rot-grünen Regierung Politik zu machen. Offen nur, ob eine wirkliche neue, an den einstigen Idealen orientierte Politik – oder das endlich mögliche Einfordern des eigenen Platzes auf den Chfesseln der Nation.

Eine neue Politik zu machen erweist sich augenscheinlich als schwierig und mag Gründe in der eigentümlichen theorie- wie aktionsorientierten Aktivität der antiautoritären Bewegung jener Zeit haben. Kraushaar unterscheidet drei Generationen im spannungsgeladenen Verhältnis von Kritischer Theorie und Politik, denen jeweils spezifische Kritikmodelle entsprachen: die Lehrer (Horkheimer, Adorno, Alexander Mitscherlich), die älteren Schüler (Ludwig von Friedeburg, Jürgen Habermas, Oskar Negt, Alfred Schmidt) und die jüngeren Schüler (Rudi Dutschke, Hans-Jürgen Krahl). Zunächst theorie-immanente Haltung, dann wissenschaftlich begründete politische Haltung und schließlich »Aufklärung durch Aktion« bestimmten die jeweiligen Kritikmodelle der einzelnen Generationen (Kraushaar, 3/12f).

Die 68er-Studenten entstammten mehrheitlich besseren Elternhäusern, wurden mit ersten Erscheinungen einer Vermassung intellektueller Berufe konfrontiert, suchten sich zugleich von ihrer Elterngeneration und einer als ebenso muffig wie autoritär empfundenen bundesdeutschen Gesellschaft mit ihrer unbewältigten NS-Vergangenheit zu emanzipieren. Vietnamkrieg und Notstandsgesetze waren die Katalysatoren ihres Aufbegehrens. Deutlich wird aber auch der Druck des eigentli-

chen Lebens- und Studienfeldes der Studenten – mangelnde Qualität und Reformstau an verstaubt-hierarchischen Ordinariatenuniversitäten, die auch vor sozialwissenschaftlichen Fakultäten und Vorlesungen selbst der Köpfe der Kritischen Theorie nicht haltmachten. Insofern ist die von Adorno angeordnete gewaltsame Beendigung einer Institutsbesetzung für viele der damaligen Protagonisten zumindest ein ebenso tiefer Einschnitt wie der Tod Benno Ohnesorgs oder das Attentat auf Dutschke.

Bemerkenswerter nachteilig ist das weitgehende Ausblenden der internationalen Prozesse (namentlich in den Kommentaren). Aber gerade die US-amerikanischen Proteste gegen Rassendiskriminierung und Vietnamkrieg, die im Vergleich zur Bundesrepublik weitaus spektakuläreren und gesellschafterschütternden Aktionen der Studenten in Frankreich oder Italien bleiben unterbelichtet. Der bundesrepublikanische Tellerrandblick bestimmt die Sichtweise der Protagonisten, die sich nun zu Deutern der Ereignisse aufschwingen. Silvia Bodenstein hat mit ihrer selbstironischen Einsicht mehr als recht: »Wir sind vermutlich schlechte Zeugen eines interessanten Ereignisses. Wir gingen mir, gehörte ich einer anderen Generation an, in unserer Funktion als Ereignisverweser gewaltig auf die Nerven. Aber selbstverständlich gehöre ich zu den 68ern und werde scharf aufpassen, daß da nichts falsches aufkommt.« (3/238)

Aus dem Blick sind nicht zuletzt die Ereignisse in Osteuropa, namentlich in der CSSR, obwohl deren Ende eine entscheidende Rückwirkung auch auf das Schicksal der westeuropäischen Studentenbewegung hatte. Natürlich stand die Studentenbewegung und noch mehr die Kritische Theorie unter dem auch in den Protestdemos gegen die Warschauer-Pakt-Invasion in Prag getragenen Losung: »Stalinismus + Imperialismus = Feinde des Sozialismus« (1/353). Diese Losung entsprach dem ursprünglichen Ansatz – auch angesichts der verklärend-romantisierenden Sympathie für die chinesische Kulturrevolution, für den Befreiungskampf Vietnams und Kubas, für die Revolutionsversuche Che Guevaras. Diese doppelte Frontstellung macht nicht zuletzt die Aktualität des intellektuellen Aufbegehrens von Adorno bis Dutschke gegen westliche Gesellschaft wie gegen stalinistisch-realsozialistische

Perverterung einer emanzipatorischen Idee aus. Bernd Rabehl weist auf diesen Reaktionscharakter nachdrücklich hin, wenn er daran erinnert, daß die »neue Linke signalisierte, daß Reformismus und Kommunismus in Europa an das Ende ihrer Entfaltung gekommen waren und ihr Zustand der Stagnation übergang in den offenen Zerfall« (3/36).

Zentral für Studentenbewegung und die ihr vorhergehenden wie sie begleitenden theoretischen Anstrengungen war das Demokratieproblem. Weder Diktatur noch autoritäre politische Strukturen sollten es sein – sondern deren Aufhebung in Antiautoritarismus und eher basisdemokratischer Willensbildung. Die Studentenbewegung agitierte und agierte in Zeiten von KPD-Verbot, Erhards »Formierter Gesellschaft« und »Konzertierter Aktion« und erst »Großer Koalition« gegen das »Schreckgespenst einer Gesellschaft ohne Opposition« (3/17). Sehr erinnert heute die einheitsdeutsche Realität mit ihrer faktischen »Großen Koalition« der größten Regierungs- und Oppositionsparteien an diese Starrheit. Damals wollten die Studenten aus diesem »integralen Etatismus« ausbrechen (3/19).

Als zentrales Dokument der Studentenbewegung interpretiert Kraushaar das Organisations-Referat auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967 von Dutschke und Krahl. Beide suchten bei aller verbalen Ablehnung des Realsozialismus Antworten auf den »integralen Etatismus«. Sie bringen sie auf den Punkt in wahrhaft »leninistischer« Art: Die revolutionäre Bewußtseinsbildung durch eine im Sinne der »großen Weigerung« von Marcuse sich entwickelnde Stadtguerilla, die ihre soziale Basis an den Universitäten hat und den »Kampf um den Mensagroschen und um die Macht im Staate organisiert« (zit. in 3/25). So soll sie als Vorhut wirken, die die Massen revolutioniert. Unabhängig davon, ob bereits hier das spätere RAF-Konzept angelegt ist oder eher metaphorische Begriffe verwandt wurden – die Antiautoritären sind sich der Tragweite ihrer neuen Lebens- und Kampfweise in bestimmter Hinsicht bewußt. Insofern war, dies machen die heutigen Kommentare deutlich, die ganze Angelegenheit zutiefst widersprüchlich. Alex Demirovic verweist auf die Orientierung an einer »negativen Dialektik«. Die Studenten-

bewegung stand für eine antiautoritäre Politik. »Antiautoritär« hatte dabei nicht allein eine sozialpsychologische Bedeutung, wonach die StudentInnen jede Form von psychologischer Unterwerfung unter Autorität, sei es des Staates, der Professoren oder der öffentlichen Meinung, bekämpften. Es war damit vor allem eine gesellschaftstheoretische Einschätzung der historischen Bedingung sozialistischer Praxis gemeint, die sich gegen jedes Bedürfnis nach Ontologie, nach Halt an einer historischen Gesetzmäßigkeit oder einem vordefinierten kollektiven Willen, richtete. Das Pathos war also, einen Begriff von Emanzipation zu entwickeln, der sich in keiner Hinsicht mehr auf vorgegebene Maßstäbe des Handelns berufen konnte.« (3/73) Also durchaus kein Orientieren am Bestehenden und seiner Autorität, sondern die Bereitschaft, gegen das Bestehende als kapitalistisches System wie als etablierte marxistische Theorie zu agieren. Der »Marsch durch die Institutionen« (ohne sich ihnen unterzuordnen, eben als Guerilla) als ewiger Weg, allerdings ohne Kompaß (vielleicht doch nur als Spaß und »Selbstverwirklichung«), wie dies heute die alt gewordenen 68er als Teil der politischen Klasse beweisen?

Dabei ist wohl für manchen jene vatermörderische Kritik des Kommunarden Fritz Teufel an den Kritischen-Theorie-Vorläufern nicht unwesentlich: »Was soll uns der alte Adorno und seine Theorie, die uns anwidert, weil sie nicht sagt, wie wir diese Scheiß-Uni am besten anzünden und einige Amerikahäuser dazu – für jeden Terrorangriff auf Vietnam eines.« (zit. in 3/84) Schimmert hier nicht schon jener theorie- und prinzipienlose Pragmatismus hindurch, der uns heute so unangenehm berührt?

Böckelmann konstatiert heute, daß »die Studentenbewegung ... dort gesiegt (habe), wo sie es eigentlich nicht vorhatte«. Nicht die politische Revolution, sondern bestenfalls eine Kulturrevolution (die aber auch andere Ursache gehabt hätte) sei erreicht worden. (3/216)

STEFAN BOLLINGER